

Abg. Honecker (FDJ):

Meine Damen und Herren! Im Namen der jungen Abgeordneten dieses Hauses, die der Freien Deutschen Jugend angehören, im Namen jener zwei Millionen jungen Menschen, die im Verband der Freien Deutschen Jugend und im Verband der Jungen Pioniere vereinigt sind und deren Abordnungen gestern ein so überwältigendes Treuebekenntnis für den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung Grotewohl ablegten, gestatte ich mir, folgende Stellungnahme zur Erklärung unseres Ministerpräsidenten abzugeben:

Die in der Regierungserklärung enthaltenen Grundsätze und Ziele der künftigen deutschen Politik, die mit den Lebensinteressen unseres Volkes und der jungen Generation übereinstimmen, finden unsere uneingeschränkte Zustimmung. Es gibt in der Geschichte unseres Landes kein Beispiel des Gleichklanges der Interessen des Volkes und der Linienführung der Regierungspolitik, wie wir es aus der Regierungserklärung entnehmen konnten. Alle, die bisher noch gezweifelt und abseits gestanden haben, werden an Hand der vorgeschlagenen Politik der Regierung erkennen müssen, daß die Regierung Grotewohl die Regierung des deutschen Volkes, die Regierung der deutschen Jugend ist.

(Lebhafter Beifall)

Aus der Regierungserklärung konnten wir entnehmen, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich in ihrer Arbeit von den friedlichen Zielen unseres Volkes leiten läßt und bestrebt sein wird, dem deutschen Volk den Weg in die Gemeinschaft der Nationen freizulegen. Zweifellos wird ihre diesbezügliche Aufgabenstellung die größte Zustimmung unter der deutschen Jugend finden. Die deutsche Jugend, die unter der Spaltung ihres Vaterlandes leidet, wünscht nichts sehnlicher als die Überwindung der durch die westlichen Besatzungsmächte hervorgerufenen Spaltung Deutschlands und die Herstellung der gleichberechtigten Mitarbeit Deutschlands in der Gemeinschaft der Völker. Allzulange und allzu geduldig haben das deutsche Volk und die deutsche Jugend auf die Einlösung der Versprechen gewartet, die die Regierungen der westlichen Besatzungsmächte im Potsdamer Abkommen eingegangen sind. Nachdem diese jedoch sich unter Bruch des Potsdamer Abkommens so gebärden, als wollten sie uns auf immer mit ihrer Anwesenheit, Bevormundung, Unterdrückung und Kriegshetze beharren, ist es unsere Aufgabe, die Aufgabe des ganzen deutschen Volkes, ihnen zu zeigen, daß wir keinen Wert auf ihre weitere Anwesenheit in Deutschland legen, da ihr weiteres Verbleiben in Deutschland eine Gefahr für den Frieden und die Zukunft der jungen Generation ist.

(Lebhafter Beifall)

Die jüngsten Verlautbarungen über die Absicht bestimmter Kreise der USA, die deutsche Jugend als Kanonenfutter in einem neuen Krieg gegen die Sowjetunion und die Länder der Völkdemokratien zu mißbrauchen, fordern den Protest des ganzen deutschen Volkes heraus. Wir können jedenfalls versichern, daß die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik nicht gewillt ist, diese Rolle zu übernehmen. Mit großer Freude haben wir daher vernommen, daß sich die Regierung in der Führung ihrer Innen- und Außenpolitik von der Notwendigkeit des verstärkten Kampfes für den Frieden leiten läßt. Alles, was in unsere Kräfte steht, werden wir tun, um die Regierung in der Erfüllung dieser Aufgaben zu unterstützen.

Die Überleitung der Verwaltungsbefugnisse aus den Händen der Sowjetischen Militärverwaltung in die Hände der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachten wir als einen Akt von großer

geschichtlicher Bedeutung. Wir Anden wieder einmal bestätigt, daß sich die Regierung der sozialistischen Sowjetunion in ihrer Arbeit stets von den Interessen des Friedens und Fortschritts leiten läßt. Möge die ganze deutsche Jugend daraus erkennen, daß das deutsche Volk auf dem Wege in eine bessere Zukunft in den Völkern der Sowjetunion und dem großen Stalin einen mächtigen Freund und Helfer besitzt.

(Beifall bei der FDJ)

Wir halten die Erklärung der Regierung in bezug auf die Notwendigkeit der Festigung der Freundschaft mit der Sowjetunion, den Ländern der Volksdemokratien und allen friedliebenden Völkern der Welt für höchst bedeutsam und sehen es als unsere vordringlichste Aufgabe an, im Interesse der Zukunft unserer Generation die Regierung in dieser Politik auf das nachhaltigste zu unterstützen.

Von nicht geringerer Bedeutung sind die vorgeschlagenen Maßnahmen der Regierung, die darauf abzielen, auf der Grundlage des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands die Spaltung unserer Heimat zu überwinden und Wohlstand und Glück für unser Volk herbeizuführen. Wir halten es für richtig, daß entsprechend der Regierungserklärung endlich in ganz Deutschland Schluß gemacht wird mit der oft formalen Unterscheidung deutscher Menschen nach dem Prinzip, ob sie in der Vergangenheit in der Nazipartei oder einer ihrer Gliederungen waren. Nachdem im Osten Deutschlands unser gesellschaftliches Leben demokratisiert, im Westen Deutschlands jedoch nach dem Prinzip gehandelt wurde, die schwerindustriellen Hintermänner des verbrecherischen Hitlerregimes zu fördern, die mißbrauchten Anhänger der Nazipartei und Mitglieder der Hitlerjugend aber mit der ganzen Verantwortung zu belasten, ist es an der Zeit, diese Menschen in den aktiven Kampf für die Einheit Deutschlands und den Frieden einzubeziehen. Die vielen Mitglieder der Hitlerjugend und unteren HJ-Führer, die seit der Gründung der Freien Deutschen Jugend in unseren Reihen mitarbeiten, haben sich in der Vergangenheit bewährt und sind bewußte Kämpfer für den Frieden und die Einheit Deutschlands geworden. Sie sind es geworden, weil die führenden Kräfte des neuen Deutschlands und unsere Freie Deutsche Jugend die ehemaligen Mitglieder der Hitlerjugend nicht verdammen, sondern ihnen die Möglichkeit gaben, ihren früheren Irrweg zu erkennen. Wir begrüßen es daher, wenn in der Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands vorgeschlagen wird, eine allgemeine Amnestie für die ehemaligen Mitglieder der NSDAP durchzuführen und ihnen das Recht zu geben, entsprechend ihren beruflichen Eignungen in allen Betrieben und Behörden zu arbeiten.

Mit großer Genugtuung können wir feststellen, daß die Jugend bei der Errichtung des neuen demokratischen Deutschlands fest mit Hand anlegte. Für den Bonner Marionettenstaat trifft das nicht zu. Wir finden dort immer mehr Klagen über die sogenannte abseits stehende Jugend und die Vergreisung der dortigen Regierungsparteien. Auf der anderen Seite mehren sich die Kräfte unter der Jugend, die aktiv für die Einheit unseres Landes eintreten. Die jüngst abgehaltene gesamtdeutsche Jugendkonferenz in Stuttgart ist ein treffendes Beispiel dafür, daß die Jugend sich mit der alten verderblichen Welt nicht solidarisch erklärt. Sie fühlt, daß das Alte, das man mit amerikanischer Assistentz im Westen neu aufrichtet, schon zweimal in die Katastrophe führte. Die Deutsche Demokratische Republik kann jedoch auf dem Neuen aufbauen, das seit 1945 unter aktiver Teilnahme der Jugend geschaffen wurde. Wir sind nunmehr glücklich, daß die junge Generation in der Deutschen Demokratischen Republik im Vollbesitz ihrer Grundrechte ist. Wir danken dem Hohen Haus, daß es durch die Inkraftsetzung der Ver-